

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Sonderausgabe: Coronavirus

Wirtschaftliche Unterstützung

- Konferenz der EU-FinanzministerInnen – 500 Mrd. Euro für Europa 2
- 8 Mrd. Euro für 100.000 KMU 3
- Erweiterter Rahmen für staatliche Beihilfen – Auch Österreich profitiert 4
- Von der Leyen: Marshall-Plan für Europa 5

Medizinische Versorgung

- Verbesserte medizinische Zusammenarbeit in Europa 6
- Kyriakides: Würdigung der Beschäftigten im Gesundheitswesen am Weltgesundheitstag 8

Weitere Unterstützung

- Notfallplan für Flüchtlingslager in Griechenland 9
- Exitstrategie: Kommission empfiehlt Handy-App im Kampf gegen COVID-19 10
- Häusliche Gewalt in Zeiten des Corona-Lockdowns 11
- Team Europe: Unterstützung für Partnerländer 12

Laufende Konsultationen	13
Tagesordnungen der Institutionen	14
Impressum	14

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Wirtschaftliche Unterstützung

Konferenz der EU-FinanzministerInnen – 500 Mrd. Euro für Europa

Am Donnerstagabend, den 9. April, einigten sich die EU-FinanzministerInnen auf eine umfassende wirtschaftspolitische Reaktion auf den COVID19-Ausbruch in Höhe von insgesamt 500 Mrd. Euro. Corona-Bonds sollen jedoch vorerst nicht Teil der Initiative sein.

Zwei Konferenzen im Umfang von über 16 Stunden und zusätzliche bilaterale Gespräche benötigte es, um am späten Donnerstagabend, den 9. April, eine Einigung unter den EU-FinanzministerInnen zu erzielen. Nachdem bereits im Vorfeld heftig über die sogenannten Corona-Bonds diskutiert wurde, war das Finden einer gemeinsamen Lösung anfangs schwer. Denn während Staaten wie Italien, Spanien und Frankreich die Bonds – also eine Vergemeinschaftung zukünftiger Schulden – forderten, standen die Regierungen in den Niederlanden, Deutschland und Österreich der Idee skeptisch gegenüber. Sie plädierten auf die Nutzung bereits verfügbarer Instrumente wie zum Beispiel den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, der jedoch an Auflagen geknüpft werden sollte (Wir berichteten bereits ausführlich über die Diskussion zu Corona-Bonds im [Newsletter 13-20](#)). Nach zähen Verhandlungen und einigen bilateralen Gesprächen konnte schlussendlich ein Kompromiss in Form von drei Maßnahmen gefunden werden:

Im Rahmen der Initiative „SURE“, die bereits letzte Woche von der Kommission vorgestellt wurde, werden 100 Milliarden Euro zur Förderung der Kurzarbeit in der EU zur Verfügung gestellt (Wir berichteten über „SURE“ im [Newsletter 13-20](#)). Darüber hinaus wird die Europäische Investitionsbank (EIB) für Unternehmen in Schwierigkeiten (insbesondere

KMU) Darlehen in Höhe von 200 Mrd. Euro bereitstellen. Zusätzlich eingerichtet wird eine Pandemie-Krisenunterstützung in Höhe von 2% des BIP der Mitgliedsstaaten, um diesen ein Sicherheitsnetz zu bieten. So werden über den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM 240 Mrd. Euro an Krediten gewährt. Die Auflagen für Gelder aus dem ESM werden nur an geringe Auflagen geknüpft, jedoch auf Ausgaben im Gesundheitssystem beschränkt.

Neben den drei Maßnahmen wurde vereinbart, zukünftig einen gemeinsamen Sanierungsfonds zu erarbeiten, um nach der Krise die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Die zuvor heiß diskutierten Corona-Bonds wurden in einer gemeinsamen Erklärung nach der Konferenz nicht erwähnt. Lediglich festgehalten wurde, dass die FinanzministerInnen innovative Finanzierungsreformen prüfen sollten. Von Seiten der EU-Kommission hieß es dazu, dass in dem Sanierungsplan ein überarbeiteter Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) eine zentrale Rolle spielen soll. Ein diesbezüglicher Vorschlag der Kommission wird Ende April präsentiert.

In einem, an die Videokonferenz anschließenden, Pressestatement erklärte der Präsident der Eurogruppe Mário Centeno:



Wirtschaftliche Unterstützung

„Heute haben wir uns auf drei Sicherheitsnetze und einen Plan für die Wiederherstellung geeinigt, um sicherzustellen, dass wir zusammenwachsen und nicht auseinander, sobald das Virus hinter uns liegt. Diese Vorschläge bauen auf unserer kollektiven Finanzkraft und der europäischen Solidarität auf.“

Auch für den österreichischen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) stellte die Einigung einen „wichtige(n) Schritt in der Bekämpfung der Krise für ein starkes Comeback Europas“ dar. Denn, so Blümel weiter: "Mit der vorliegenden Einigung kann den betroffenen Ländern zielgerichtet geholfen werden, ohne dass die

Stabilität des Euroraumes langfristig gefährdet wird." Als Begründung für die Höhe der Hilfe betonte der österreichische Finanzminister zudem: "Damit unsere Wirtschaft wieder in Schwung kommt, ist es als exportorientiertes Land auch notwendig, dass sich die Wirtschaften um uns herum erholen. Daher werden wir uns natürlich als solidarische Partner an einem Recovery effort beteiligen"

Den gesamten Bericht über die umfassende wirtschaftspolitische Reaktion des Rates auf die COVID-19-Pandemie finden Sie [hier](#).

8 Mrd. Euro für 100.000 KMU

Durch Garantien der EU sollen 100.000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Liquidität von bis zu 8 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt bekommen.

In Folge der Corona-Krise leiden viele KMU unter Liquiditätsmangel. Nur mit Unterstützung können sie die Krise überstehen. Doch Unterstützung in Form von Krediten bergen für Banken derzeit große Risiken. Deshalb bietet die EU Garantien an, um solche Darlehen zu fördern. Aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) werden eine Mrd. Euro freigegeben, um besondere Garantien zu stellen. Diese sollen Banken und andere Kreditgeber dazu anreizen, über 100.000 KMU und kleinere Midcap-Unternehmen Liquidität in Höhe von bis zu 8 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. Bis zu 80% des Risikos soll für potenzielle Verluste aus Einzelkrediten gedeckt werden.

Als erster Teil der Strategie für KMU startete am 8. April das Investitionsprogramm [ESCALAR](#).

In der Pilotphase werden bis zu 300 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen bereitgestellt, um Risikokapital und Wachstumsfinanzierungen für innovative Unternehmen zu mobilisieren und ihnen zu helfen, in Europa zu expandieren. Insgesamt sollen mit ESCALAR Investitionen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro angestoßen werden. Interessierte FondsverwalterInnen können sich ab sofort um eine Teilnahme an dem Programm bewerben.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Wirtschaftliche Unterstützung

Erweiterter Rahmen für staatliche Beihilfen – Auch Österreich profitiert

Die EU erweitert den Befristeten Rahmen für Staatliche Beihilfen. Im Zuge dessen wurde auch die österreichische Liquiditätsregelung über 15 Mrd. Euro genehmigt.

Eine weitere Maßnahme, um die Auswirkungen der Corona-Krise abzufedern, stellt die Erweiterung des befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen dar. Bereits am 19. März wurde ein solcher befristeter Rahmen für Staatsbeihilfen geschaffen, der es den Mitgliedsstaaten erlaubt, Unternehmen direkt zu unterstützen und deren Liquidität zu gewähren. Im Zuge der temporär gelockerten Regelungen konnten Unternehmen bisher direkte Zuschüsse in Höhe von bis zu 800.000 Euro von den Ländern bekommen. Darüber hinaus konnten die Mitgliedsstaaten staatliche Garantien für Kredite und subventionierte Zinssätze gewähren, Schutzmaßnahmen für Banken einrichten und kurzfristige Exportversicherungen abschließen (Wir berichteten bereits im [Newsletter 11.20](#)).

Am 3. April wurde der Befristete Rahmen von der EU-Kommission um fünf Arten von Beihilfemaßnahmen erweitert. Mitgliedsstaaten können nun auch direkt Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit dem Coronavirus, den Auf- und Ausbau von Erprobungseinrichtungen und die Herstellung von Produkten, die für die Bewältigung des Coronavirus-Ausbruchs relevant sind, unterstützen. Zudem möglich ist eine gezielte Unterstützung in Form einer Steuerstundung und/oder Aussetzung der Sozialver-

sicherungsbeiträge und eine gezielte Unterstützung in Form von Lohnzuschüssen für ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig wurden auch die bestehenden Formen der Unterstützung erweitert, die die Mitgliedsstaaten Unternehmen in Not gewähren können. Dadurch können bis zu 800.000 Euro an zinslosen Darlehen oder Garantien pro Unternehmen zur Deckung von 100 des Risikos gewährt oder Eigenkapital bereitgestellt werden.

Der geänderte Befristete Rahmen gilt bis Ende Dezember 2020. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Auf Grundlage des Befristetem Rahmens genehmigte die EU-Kommission auch eine Liquiditätsregelung über 15 Mrd. Euro, mit der Österreich seine Wirtschaft unterstützen will. Dadurch kann der Staat nun Beihilfen in Form von direkten Zuschüssen, rückzahlbaren Vorschüssen und Garantien bis zu einem Höchstbetrag von 800.000 Euro gewähren, staatliche Garantien für Darlehen ausstellen und vergünstigte öffentliche Darlehen an Unternehmen mit ermäßigtem Zinssatz vergeben. Die Regelung kann von allen Unternehmen im gesamten Hoheitsgebiet Österreichs in Anspruch genommen werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Wirtschaftliche Unterstützung

Von der Leyen: Marshall-Plan für Europa

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen plädiert für ein entschlossenes und gemeinsames europäisches Vorgehen, um die Folgen der Coronavirus-Pandemie abzufedern.

In einem Gastbeitrag von Ursula von der Leyen, der in der Zeitung Welt am Sonntag erschien, fordert die Kommissionspräsidentin ein gemeinsames Handeln der EU auch nach der Corona-Krise, um die Wirtschaft zu retten. Dabei denke sie an massive Investitionen in Form eines „Marshall-Plans für Europa“. Dabei werde vor allem der nächste mehrjährige Finanzrahmen der EU eine entscheidende Rolle spielen: *„Damit unser Haushalt den neuen Anforderungen gerecht wird, müssen wir ihn entsprechend zuschneiden. Die nächsten Jahre entscheiden darüber, wie gut und wie schnell unsere von der aktuellen Krise geschwächten Volkswirtschaften ihren Motor anwerfen und wir unseren einzigartigen Binnenmarkt wieder in Schwung bringen können.“* Zudem betonte von der Leyen, dass gleichzeitig an die Zukunft und an folgenden Generationen gedacht werden müsse. Investitionen in innovative Forschung, die digitale Infrastruktur, saubere Energie, eine intelligente Kreislaufwirtschaft und zukunftstaugliche Verkehrssysteme seien von Nöten. *„Ein solcher Marshall-Plan kann entscheidend dazu beitragen, ein moderneres, nachhaltigeres und widerstandsfähigeres Europa aufzubauen.“*

Ursula von der Leyen lobte in ihrem Gastbeitrag auch die Solidarität, die in Europa spürbar ist:



„Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte kehren aus dem Ruhestand zurück. Millionen Freiwillige helfen wo immer sie gebraucht werden. Restaurants versorgen erschöpftes Pflegepersonal mit Essen, Designer fertigen Krankenhauskittel und Autohersteller tüfteln an Beatmungsgeräten. Diese Solidarität ist ansteckend – und sie ist das Herz unserer Union. Diese Impulse zeigen, das wahre Europa ist wieder da.“

Den gesamten Beitrag finden Sie [hier](#).



Medizinische Versorgung

Verbesserte medizinische Zusammenarbeit in Europa

Die Unterstützung des Gesundheitssystem hat in der Krisenzeit Priorität. Dazu hat die EU mehrerer Maßnahmen als Hilfe für PatientInnen, medizinisches Personal und Einrichtungen verabschiedet.

Die Corona-Pandemie setzt das europäische Gesundheitssystem massiv unter Druck. In Ländern wie Italien kommen Krankenhäuser an die Grenzen ihrer Belastungskapazität. Die EU möchte mit neuen Leitlinien die stark belasteten Länder und Regionen unterstützen, indem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden bei der Gesundheitsversorgung gefördert wird. PatientInnen, die an Covid-19 leiden, sollen zur Behandlung in Mitgliedsstaaten mit mehr Krankenhausbetten-Verfügbarkeit überführt werden. Darüber hinaus möchte die Kommission Mitgliedstaaten oder Nichtregierungsorganisationen auch dabei unterstützen, qualifizierte medizinische Teams zu entsenden, um grenzüberschreitende Hilfe anzubieten. Die praktischen Leitlinien der EU-Kommission sollen für einen stärker koordinierten Ansatz sorgen. Zusätzlich wird in den Leitlinien dargelegt, welche zusätzliche Unterstützung und Hilfe die Kommission den Gesundheitsbehörden der Mitgliedstaaten zukommen lässt. Dazu zählen unter anderem die Unterstützung der Gesundheitsbehörden mit Hilfe des EU-Katastrophenschutz-Mechanismus oder auch die Bereitstellung eines Systems zur Unterstützung des klinischen Managements, das die Angehörigen der Gesundheitsberufe beim Austausch von Wissen und Kompetenzen unterstützen soll.

Die für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständige EU-Kommissarin Stella Kyriakides erklärte:

„Wir können die Coronavirus-Krise nur gemeinsam überwinden. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Rettung von Leben ist entschei-



dend. Die Solidarität in der EU war in den letzten Wochen spürbar, als Mitgliedstaaten die Behandlung von Patienten aus ihren Nachbarstaaten übernahmen, obwohl sie selbst an der Belastungsgrenze waren. Hier zeigt sich die EU von ihrer besten Seite, und mit unseren heute herausgegebenen Leitlinien wollen wir darauf hinwirken, dass mehr Patienten grenzüberschreitend behandelt werden und Gesundheitspersonal aus denjenigen EU-Ländern, die noch Kapazitäten haben, dorthin geschickt wird, wo es am dringendsten benötigt wird. Solidarität rettet Leben.“

Österreich hat im Sinne der Solidarität und Entlastung überfüllter Krankenhäuser bereits 14 Intensivpatienten aus Frankreich und Italien aufgenommen. Zudem sollen – kofinanziert vom EU-Katastrophenschutz-Mechanismus – 3.000 Liter Desinfektionsmittel nach Italien geliefert werden. Ebenfalls im Rahmen des EU-Katastrophenschutz-Mechanismus ist ein Team europäischer Ärzte und Krankenschwestern aus Rumänien und Norwegen



Medizinische Versorgung

nach Mailand und Bergamo entsandt worden, um die italienischen KollegInnen vor Ort zu unterstützen.

Neben den veröffentlichten Leitlinien wurde zudem beschlossen, die Einfuhr von Medizinprodukten und Schutzausrüstungen aus Drittländern von Zöllen und Mehrwertsteuer zu befreien. Durch den Entschluss wird die Belieferung von ÄrztInnen, Pflegepersonal und PatientInnen mit der dringend benötigten medizinischen Ausrüstung finanziell erleichtert. Die Maßnahme betrifft Masken und Schutzausrüstung sowie Testkits, Beatmungsgeräte und andere medizinische Ausrüstung. Sie gilt rückwirkend seit 30. Jänner für einen Zeitraum von 6 Monaten, kann jedoch noch weiter verlängert werden.

Ein weiterer Schritt zur Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten ist die Prüfung kartellrechtlicher Regeln durch die EU. Denn zur Herstellung der wichtigen Medikamente während der Pandemie müssen sich Unternehmen bei Produktion, Lagerhaltung und Vertrieb fallweise auf eine Art und Weise koordinieren, die sie eigentlich in Konflikt mit dem EU-Kartellrecht bringt. Die Kommission hat nun einen befristeten Rechtsrahmen veröffentlicht, in dem die Kooperationsmöglichkeiten erläutert sind. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Bescheinigung („Comfort Letter“) für ein konkretes Kooperationsvorhaben erstellt, mit dem Engpässe bei der Versorgung der Krankenhäuser mit wichtigen Arzneimitteln vermieden werden sollen.

Die Exekutiv-Vizepräsidentin Vestager führte dazu aus:

„Um Engpässe bei essenziellen, knappen Waren und Dienstleistungen zu vermeiden, ist die Zusammenarbeit von Unternehmen im Einklang mit den europäischen Wettbewerbsregeln erforderlich. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit werden wir den Unternehmen schnellstens hinreichende Orientierungshilfen geben bzw. entsprechende Bescheinigungen – sogenannte Comfort Letters – ausstellen, um Kooperationsinitiativen zur Steigerung der Produktion stark nachgefragter Produkte zu fördern. Im heute angenommen befristeten Rahmen wird erläutert, in welchen Fällen und wie Unternehmen im Einklang mit unseren Wettbewerbsregeln nähere Erläuterungen oder Comfort Letters erhalten können.“

Gleichzeitig wurde ein Vorschlag angenommen, wonach der Geltungsbeginn der Verordnung über Medizinprodukte um ein Jahr, auf den 26. Mai 2021, verschoben werden soll. Mitgliedstaaten, Gesundheitseinrichtungen und Wirtschaftsakteure können so der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie Vorrang geben. Mögliche Engpässe oder Verzögerungen bei der Verfügbarkeit solcher Produkte, die durch die Verordnung hätten entstehen können, werden damit vermieden.

Mehr Informationen zu den neu veröffentlichten Leitlinien finden Sie [hier](#), mehr Informationen zu der Aufhebung der Zölle und Mehrwertsteuer [hier](#).

Mehr zum Befristeten Rahmen für die Prüfung kartellrechtlicher Fragen finden Sie [hier](#).



Medizinische Versorgung

Kyriakides: Würdigung der Beschäftigten im Gesundheitswesen am Weltgesundheitstag

EU-Kommissarin Stella Kyriakides würdigte am 7. April, dem Weltgesundheitstag, alle Menschen, die im Gesundheitssektor arbeiten:

„Heute, am Weltgesundheitstag, sind unsere Gedanken bei allen Menschen auf der Welt, die von der beispiellosen Gesundheitskrise betroffen sind, die wir erleben. Unsere Gedanken sind bei denen, die leiden, bei den Familien und Freunden derer, die wir verloren haben, und bei den vielen Millionen Menschen auf der ganzen Welt, deren Leben sich drastisch ändern musste.

Heute, wie jeden Tag, sind unsere Gedanken auch bei den mutigen Mitarbeitern des Gesundheitswesens in der EU und weltweit. Wir haben mehr denn je Anlass, die rund 4,5 Millionen Krankenschwestern und Hebammen in der EU zu ehren und zu würdigen. Ich spreche zu Ihnen direkt, wenn ich sage, dass Ihr unermüdlicher Einsatz während der Coronavirus-Pandemie uns alle inspiriert und ermutigt. Ich spreche auch den etwa 1,9 Millionen Ärzten in der EU, meine Anerkennung aus, die sich weiterhin an vorderster Front für die Behandlung von Patienten einsetzen. Unsere Krankenhäuser, Kliniken und medizinischen Einrichtungen funktionieren dank der 4,1 Millionen Gesundheits- und Pflegeassistenten, die Patienten und Pflegeheimbewohner direkt persönlich betreuen und unterstützen.

Es ist wichtig, dass Sie, unsere Mitarbeiter im Gesundheitswesen, vor dem Risiko einer Infektion geschützt werden. Mit der Einführung der gemeinsamen Beschaffungen der EU unterstützen wir die Mitgliedstaaten beim Zugang zu mehr persönlicher Schutzausrüstung für Hand, Körper und Augen sowie Atemschutzmasken. Als zusätzliches Sicherheitsnetz haben wir vorgeschlagen, einen RescEU-Vorrat, also eine gemeinsame europäische Reserve an persönli-

cher Schutzausrüstung und wiederverwendbaren Masken anzulegen. Um die Produktion solcher Ausrüstungen zu steigern, haben wir Beschlüsse über überarbeitete harmonisierte Normen gefasst. Dies wird den Unternehmen helfen, die Artikel ohne Beeinträchtigung unserer Gesundheits- und Sicherheitsstandards und vor allem ohne unangemessene Verzögerungen herzustellen.

Ich weiß, dass Sie unter beispiellosen Druck stehen und viele Krankenhäuser überlastet sind. Um diesen Druck etwas zu mildern, haben wir praktische Leitlinien für die Mitgliedstaaten herausgegeben, um die grenzüberschreitende Behandlung von Patienten und den Einsatz von medizinischem Personal zu fördern und zu erleichtern.

Zu den besten Instrumenten zur Bekämpfung dieses Virus und zum Schutz der Patienten gehören Ihr Wissen und Ihre Erfahrung. Aus diesem Grund betreiben wir ein System zur Unterstützung des klinischen Managements, das Sie beim Austausch Ihres Wissens und Ihrer klinischen Fälle in der gesamten EU unterstützt.

Auch in schwierigen Zeiten gibt es Grund zur Freude. Ich bin ermutigt, jeden Abend die offenen Fenster zu sehen und den lauten Applaus und Jubel der Menschen in ganz Europa und inzwischen weltweit zu hören, um die zu ehren, die an vorderster Front arbeiten: Krankenschwestern, Ärzte, Therapeuten, Assistenten und das Haushaltshilfen.

Ich danke Ihnen.“



Weitere Unterstützung

Notfallplan für Flüchtlingslager in Griechenland

Ein neuer EU-Notfallplan soll die medizinische Versorgung in griechischen Flüchtlingslagern auch während der Corona-Krise sichern.

Die Corona-Krise bedroht ganz Europa. Dazu zählen auch Asylsuchende, die derzeit in Flüchtlingslagern auf griechischen Inseln leben. Gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten und den EU-Agenturen wurde von der Kommission ein Notfallplan erstellt und neue Maßnahmen verabschiedet, um auch diese Menschen vor der Pandemie zu schützen.

Schutzsuchende Personen, die in den Hotspots ankommen, werden einem obligatorischen Gesundheitscheck unterzogen. Neu angekommene oder gerettete Personen bleiben in getrennten Bereichen, bis ihre medizinische Untersuchung abgeschlossen ist. Nach einem Gesundheitscheck werden zudem 1600 unbegleitete Minderjährige aus den Lagern auf den Inseln in andere EU-Mitgliedsstaaten – Deutschland, Frankreich, Portugal, Finnland, Litauen, Kroatien, Irland und Luxemburg – gebracht. Mit Unterstützung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und Frontex wurde zudem ein freiwilliges Programm eingerichtet, um Migranten dabei zu hel-

fen, in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Die griechische Regierung betont, bereits zahlreiche spezifische Maßnahmen ergriffen zu haben, um einen Covid-19-Ausbruch in den Lagern auf den Inseln zu verhindern. Durch den aktivierten EU-Katastrophenschutz-Mechanismus wurden von den Mitgliedsstaaten zusätzlich 90.000 Hilfsgüter für die Lager zur Verfügung gestellt. Die Regierung in Athen bat darüber hinaus um weitere finanzielle Unterstützung. Daher unterbreitete die Kommission den Vorschlag, zusätzliche Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro für den Bau neuer Lager auf dem griechischen Festland sowie neuer Wohnungen bereitzustellen. Weitere 50 Millionen Euro sind für die medizinische Versorgung bestimmt. Zum Grenzschutz wurden des Weiteren zwei Soforteinsätze eingeleitet und zusätzliche Grenzschutzbeamte entsandt.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Auch schutzsuchende Personen in Flüchtlingslagern in Lesbos sind von der Corona-Pandemie betroffen. Die EU möchte diese Menschen bestmöglich unterstützen.



Weitere Unterstützung

Exitstrategie: Kommission empfiehlt Handy-App im Kampf gegen COVID-19

Die Europäische Kommission empfiehlt den Mitgliedsstaaten, Schritte und Maßnahmen zur Entwicklung eines gemeinsamen EU-Konzepts für die Nutzung von Mobil-Apps und Daten von mobilen Geräten bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie einzuleiten.

Aktuell diskutieren viele europäische Staaten über die Nutzung von Mobil-Apps und Daten von mobilen Geräten bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Auch in Österreich wurde in den letzten Wochen intensiv über die Verwendung der App „Stopp Corona“ des Roten Kreuz gesprochen.

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch, den 8. April, Schritte und Maßnahmen zur Entwicklung eines gemeinsamen EU-Konzepts für die Nutzung von Mobil-Apps und Daten von mobilen Geräten bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie empfohlen. Denn die digitalen Instrumente, die den EU-Vorschriften entsprechen und gut koordiniert sind, können eine wichtige Rolle bei der schrittweisen Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen spielen und die Normalität zurückbringen.

In der Empfehlung legt die Kommission den Plan für ein europaweites Mobil-App dar, mit Hilfe dessen die BürgerInnen in die Lage versetzt werden, wirksame und gezieltere Vorkehrungen zur sozialen Distan-

zierung zu treffen. Des Weiteren kann das App die Warnung, die Prävention und die Nachverfolgung von Kontakten ermöglichen. Zusätzlich zu der mobilen Applikation soll ein gemeinsames System entwickelt werden, welches die Modellierung und Vorhersage der Entwicklung des Virus durch anonymisierte und aggregierte Mobilfunk-Standortdaten ermöglicht.

Neben den beiden Bereichen werden in der Empfehlung die wichtigsten Grundsätze für die Verwendung dieser Apps und Daten in Bezug auf die Datensicherheit und die Achtung der EU-Grundrechte wie Privatsphäre und Datenschutz dargelegt, um die Grundrechte der EuropäerInnen zu schützen. Zusätzlich arbeitet die Kommission eng mit den Datenschutzbehörden zusammen und möchte in Kürze Leitlinien zu den Auswirkungen auf die Privatsphäre vorlegen

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

„Digitale Technik, Mobil-Apps und Bewegungsdaten können uns enorm dabei helfen, besser zu verstehen, wie sich das Virus ausbreitet, und wirksam darauf zu reagieren. Mit dieser Empfehlung haben wir ein koordiniertes europäisches Konzept für die Nutzung solcher Apps und Daten auf den Weg gebracht, ohne unsere EU-Datenschutzvorschriften zu beeinträchtigen und ohne eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu riskieren. Europa ist stärker, wenn es geeint handelt.“

- Thierry Breton, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen



Weitere Unterstützung

Häusliche Gewalt in Zeiten des Corona-Lockdowns

Die österreichische EU-Parlamentarierin und Vorsitzende des EP-Ausschusses für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter, Evelyn Regner, fordert Maßnahmen, um von häuslicher Gewalt betroffene Frauen zu unterstützen

Viele Länder Europas wie Österreich haben Ausgangsbeschränkungen verhängt. Im Zuge der Isolation der Menschen in ihren Wohnungen und Häusern kam es zu einem massiven Anstieg Häuslicher Gewalt. In manchen EU-Staaten wurden ein Drittel mehr Fälle registriert. Da die Frauen mit den Tätern über längere Zeit festsitzen, ist es für sie zudem schwierig, Notrufdienste zu verständigen.

In Hinblick auf diese Situation erklärte die österreichische EU-Parlamentarierin Evelyn Regner (S&D), Vorsitzende des EP-Ausschusses für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter:

„Diese Tage und die kommenden Wochen sind besonders für Frauen gefährlich. Wir alle stehen vor großen psychologischen Herausforderungen durch Isolation oder Quarantäne, aber Frauen und manchmal Kinder in gewalt-gefährdeten Haushalten stehen vor einem besonders anstrengenden Stresstest. Wir müssen daher diesem Thema jetzt besonderes Augenmerk widmen und unsere Maßnahmen zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen ausweiten.“

Dazu forderte Regner die Mitgliedstaaten auf, das Problem entschlossen anzugehen und aktiv zu kommunizieren, wo und wie die Betroffenen Hilfe erhalten können. Kontaktaufnahme sollte einfach möglich sein und auch durch Versenden von Textnachrichten oder Online-Chats sowie durch Verwendung von Codewörtern bei ÄrztInnen oder ApothekerIn-

nen möglich sein. Darüber hinaus fordert die Parlamentarierin, dass mehr Plätze in Gewaltschutzeinrichtungen und Frauenhäusern bereitgestellt werden. Die EU solle solche Maßnahmen der Mitgliedsstaaten finanziell unterstützen und ihnen helfen, Betroffene darüber zu informieren.

Abschließend betonte Evelyn Regner:

„Die COVID-19-Pandemie macht die Ungleichheit der Geschlechter in all ihren Formen und Ausprägungen deutlich sichtbar. Wie die Zahlen der OECD zeigen, sind 70% der Beschäftigten im Gesundheitswesen Frauen, ein großer Teil der unbezahlten Pflegearbeit wird von Frauen geleistet, und die bevorstehende Wirtschaftskrise wird Frauen viel härter treffen. Es ist unsere Aufgabe, die körperliche und geistige Gesundheit von Frauen und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit über die COVID-19-Krise hinaus nachhaltig zu stärken. Wir werden die Frauen in Europa mit Sicherheit nicht alleine lassen.“

In Österreich bietet die Frauenhelpline rund um die Uhr kostenlose Beratung und Hilfe an. Die Beraterinnen sind zur absoluten Vertraulichkeit verpflichtet. Auf Wunsch können Anruferinnen auch anonym bleiben. Die Website der Frauenhelpline finden Sie [hier](#). Anrufen können Sie unter 0800 222 555. Wer akut von Gewalt betroffen ist, sollte die Polizei rufen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Weitere Unterstützung

Team Europe: Unterstützung für Partnerländer

In Anbetracht der weltweiten Corona-Pandemie unterstützt die Europäische Union ihre Partnerländer auf der gesamten Erde.

Mit insgesamt 15,6 Mrd. Euro aus vorhandenen Mitteln im Außenbereich möchte die Europäische Kommission Partnerstaaten der EU weltweit unterstützen. Durch die Finanzmittel sollen die Gesundheitskrise eingedämmt und Gesundheitssysteme sowie die Wasser- und Sanitärversorgung gefördert werden. Darüber hinaus sollen die Gelder für die Bereitstellung von Forschungskapazität und zur Abmilderung der sozioökonomischen Folgen Verwendung finden. Unterstützt werden Länder in unmittelbarer Nachbarschaft, wie zum Beispiel am Westbalkan, aber auch Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik. Zusätzlich möchte die EU eine virtuelle Geberkonferenz einberufen, um Mittel zu mobilisieren und die Weltgesundheitsorganisation

bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Die Maßnahmen der EU beruhen auf dem Konzept „Team Europa“, das darauf abzielt, durch rasche und gezielte Unterstützung der Partner in dieser Pandemie Leben zu retten. Dabei werden Mittel aus der EU, den Mitgliedstaaten und von Finanzinstituten, insbesondere der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gebündelt, um Partnerländer zu unterstützen und deren kurzfristigen Bedarf zu decken sowie den längerfristigen strukturellen Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft entgegenzuwirken.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

„Zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie sind vereinte globale Anstrengungen erforderlich. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten tragen ihren Teil dazu bei, diese Gesundheitskrise mit ihren schwerwiegenden Folgen zu Hause und anderswo in den Griff zu bekommen. Wir tun unser Möglichstes, um unsere Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Gleichzeitig müssen wir aber auch unseren Partnern in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und darüber hinaus dabei helfen, die Auswirkungen auf ihre Existenzgrundlagen, ihre Stabilität und ihre Sicherheit einzudämmen, denn ihre Probleme sind auch die unseren. Dies ist ein globaler Kampf, den wir nur gemeinsam gewinnen oder verlieren können. Zusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen auf internationaler Ebene sowie multilaterale Lösungen sind der Weg zu einer echten globalen Agenda für die Zukunft.“

- Josep Borrell, Hoher Vertreter der Europäischen Union





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Öffentliche Konsultationen ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

Konsultation zu einer neuen Strategie für digitale Finanzen

Bank- und Finanzdienstleistungen
3. April 2020 - 26. Juni 2020

Konsultation zu einer Strategie für Privatkundenzahlungen für die EU

Bank- und Finanzdienstleistungen
3. April 2020 - 26. Juni 2020

Konsultation zur erneuerten Strategie für nachhaltige Finanzen

Bank- und Finanzdienstleistungen
8. April 2020 bis 15. Juli 2020

Klimazielplan 2030

Klimaschutz
31. März 2020 - 23. Juni 2020

Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen

Beschäftigung und Soziales
31. März 2020 - 23. Juni 2020

Zollabkommen EU-China

Zoll, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung
24. März 2020 - 16. Juni 2020

Galileo-Satellitensystem – Nutzung für kritische Infrastruktur (Telekommunikation, Energie, Finanzen)

Binnenmarkt
23. März 2020 - 15. Juni 2020

EU-Tierschutzstrategie (2012-15) - Bewertung

Lebensmittelsicherheit
23. März 2020 - 15. Juni 2020

Handel – Zollpräferenzschema der EU für Entwicklungsländer (Aktualisierung)

Handel
11. März 2020 - 3. Juni 2020

Geschlechtsspezifisches Lohn- und Gehaltsgefälle – Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern

Beschäftigung und Soziales
5. März 2020 - 28. Mai 2020

Europäischer Klimapakt

Klimaschutz
4. März 2020 - 27. Mai 2020

Bewertung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln

Lebensmittelsicherheit
2. März 2020 - 25. Mai 2020

Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen (Aktualisierung der Rechtsvorschriften)

Bank- und Finanzdienstleistungen
20. Februar 2020 - 14. Mai 2020

Menschenrechte – Überprüfung der EU-Anti-Folter-Verordnung (2016-20)

Außen- und Sicherheitspolitik, Handel
19. Februar 2020 - 13. Mai 2020

Konsultation zum Weißbuch über künstliche Intelligenz - Ein europäischer Ansatz

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

Europäische Strategie für Daten

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

Überprüfung des Rechtsrahmens für Wertpapierfirmen und Marktteilnehmer

Bank- und Finanzdienstleistung
17. Februar 2020 - 20. April 2020

Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Steuerbehörden beim Informationsaustausch

Steuern
10. Februar 2020 - 6. April 2020

Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung

Öffentliches Gesundheitswesen
4. Februar 2020 - 7. Mai 2020

Bodenabfertigungsdienste an EU-Flughäfen - Bewertung

Verkehr
30. Jänner 2020 - 23. April 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Konrad Pözl, BA

Abbildungsverzeichnis

S. 5

https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/president_de

S. 6

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_613

S. 9

©Costas Baltas/Reuters/Adobe Stock https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200403PHT76506/20200403PHT76506_original.jpg

S. 12

https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/borrell-fontelles_en